

Deutschlands ländliche Räume: Potentiale erschließen, Gemeinschaft stärken, Zukunft gestalten.

Auf einen Blick:

- Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland sollte als staatlicher Auftrag stärker im Grundgesetz verankert werden.
- Modernisierung braucht Infrastruktur, die das Leben auf dem Land für Unternehmen und potenzielle Arbeitskräfte attraktiv macht. Dies gilt insbesondere für strukturschwache Regionen.
- Zusammenleben braucht Identifikation und gleichberechtigte Teilhabe für eine inklusive und gerechte Zukunft in allen Teilen unseres Landes.
- Landwirtschaft braucht Unterstützung und Wertschätzung. Die Modernisierung erfordert regionale und nachhaltige Perspektiven, um langfristig und verantwortungsvoll zu wirken.
- Mobilität braucht auch in ländlichen Räumen nachhaltige, günstige, barrierefreie und sichere Angebote.
- Gesundheitsversorgung braucht Flexibilität sowie innovative Angebote.

Die Mehrheit der Einwohner:innen Deutschlands lebt in ländlichen Regionen. Außerdem ziehen mehr und mehr Menschen aufs Land. Gründe finden sich in hohen Mietpreisen in den Städten, aber auch in sich verändernden Vorlieben, welche die Vorzüge des Landlebens betonen. 2023 verzeichneten zwei von drei Gemeinden in ländlichen Räumen Wanderungsgewinne. Gleichzeitig stehen ländliche Räume in den Handlungsfeldern Modernisierung, Zusammenleben, Landwirtschaft, Mobilität und Gesundheitsversorgung vor großen Herausforderungen.

Der Disparitätenbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt, dass die ländlichen Räume in ganz Deutschland unterschiedlich dynamisch, wohlhabend und zukunftsfest sind. Der Bericht zum Stand der Deutschen Einheit der Bundesregierung zeigt wiederum, dass viele strukturelle Differenzen zwischen West- und Ostdeutschland reduziert oder sogar überwunden werden konnten. Es bestehen aber weiterhin strukturell verschiedene Herausforderungen und auch unterschiedliche Bewertungen zur Lage zwischen West- und Ostdeutschland. Deshalb braucht es differenzierte politische Antworten zur Stärkung der ländlichen Räume in Deutschland.

Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse wird im Grundgesetz an drei Stellen erwähnt. Artikel 72 (2) GG gibt dem Bund das Recht auf spezielle Gesetzgebungsvorhaben. Artikel 91a (1) regelt die

Mitwirkung des Bundes bei Aufgaben der Länder. Artikel 106 (3) GG regelt die Verteilung des Steueraufkommens zwischen Bund und Ländern. Aber das Grundgesetz enthält kein Ziel und keinen staatlichen Auftrag, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen. Deshalb wollen wir ein Staatsziel oder eine neue Gemeinschaftsaufgabe zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland in unser Grundgesetz aufnehmen. Der Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung 2024 „Für starke und lebenswerte Regionen in Deutschland“ und dessen Konzept der Aufwärtskonvergenz stellen zusammen mit den Forderungen dieses Positionspapiers geeignete Maßnahmen dar, um das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse zu erreichen.

Als SPD-Bundestagsfraktion wollen wir die ländlichen Räume im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel gemäß diesem Positionspapier stärken. Wir wollen in ländlichen Räumen Potenziale erschließen, Gemeinschaft stärken und Zukunft gestalten.

Handlungsfeld Modernisierung: Nachhaltigkeit, Vernetzung und Wachstum.

Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag setzt sich entschieden für die wirtschaftliche Entwicklung der ländlichen Räume in Deutschland ein. Wir wollen die ländlichen Räume durch gezielte Investitionen, strukturelle Reformen und die Förderung von Innovationen stärken. Unser Ziel ist es, die Lebensqualität zu verbessern, wirtschaftliche Perspektiven zu schaffen und den sozialen Zusammenhalt zu fördern, indem wir eine ökonomisch und ökologisch nachhaltige Entwicklung dieser Regionen unterstützen und vorantreiben.

Unterstützung der Ansiedlung von Unternehmen

Die Wirtschaftsförderung in ländlichen Gebieten konzentriert sich auf die Unterstützung von kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU), aus deren Reihen zahlreiche Hidden Champions stammen, die durch ihre Innovationskraft wesentlich zur regionalen Wertschöpfung beitragen. Durch die Schaffung einer starken Gründungs- und Innovationskultur durch gezielte Förderung moderner Unternehmen möchten wir deren Wettbewerbsfähigkeit stärken und neue Arbeitsplätze schaffen.

Die Stärkung des stationären Einzelhandels in ländlichen Räumen ist für uns ein zentraler Baustein, um lebendige Gemeinschaften zu erhalten und eine vielfältige lokale Wirtschaft zu stärken. Netzworkebildung und Kooperationen zwischen lokalen Akteuren bieten eine Plattform für Erfahrungsaustausch und gemeinsame Kundenbindungsstrategien, während u. a. kommunale Investitionen in die Infrastruktur die Zugänglichkeit und Attraktivität des Einzelhandels vor Ort verbessern. Zudem setzen wir uns für die Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten ein, um kurze Transportwege zu erreichen und die lokale Produktion zu stärken.

Die Wirtschaft in ländlichen Räumen wird auch von den vielen kleinen und mittelständischen Handwerksbetrieben geprägt. Das Handwerk trägt nicht nur zur Wertschöpfung, sondern auch zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei – vom Metzger bis zur Kfz-Mechanikerin. Mindestens 125.000 Handwerksbetriebe brauchen in den kommenden Jahren engagierte Nachfolger:innen. Wir müssen jetzt die richtigen Weichen stellen, um das Handwerk attraktiver für junge Menschen zu machen.

Fachkräfte gewinnen – Herausforderungen meistern

Attraktive Arbeitsbedingungen, Flexibilität im Arbeitsalltag, betriebliche Mitbestimmung und gute, tarifgebundene Bezahlung sind heute notwendige Standards, um Auszubildende und Fachkräfte für die Unternehmen in ländlichen Räumen zu gewinnen.

Nur mit einem engagierten und gut ausgebildeten Fachkräftenachwuchs können wir die Vielfalt und die Lebensqualität in ländlichen Räumen für die Zukunft erhalten. Die vielfältigen Karrieremöglichkeiten, die z. B. das Handwerk bietet, sollten in der Berufsorientierung schulförmübergreifend zentraler platziert werden. Wir sehen in einer dualen Ausbildung gleichwertige Karrierechancen zum Studium.

Die gezielte Anwerbung und Integration von qualifizierten Fach- und Arbeitskräften aus der Europäischen Union sowie aus Drittstaaten ist entscheidend für den Erhalt und die Stärkung der Wirtschaftskraft in ländlichen Räumen. Hier hat die SPD-geführte Bundesregierung mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz und dem Job-Turbo zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten den notwendigen rechtlichen Rahmen geschaffen. Beides trägt dazu bei, dem demografischen Wandel und dem Fachkräftemangel zu begegnen. Zudem bereichert die kulturelle Vielfalt die soziale Struktur ländlicher Gemeinden und fördert die Offenheit, Innovation und Kreativität, die für eine dynamische und zukunftsfähige lokale Wirtschaft unerlässlich sind.

Hier müssen auch die Unternehmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen und ihren Beitrag zur Willkommenskultur und für eine längerfristige Bindung an die Region leisten.

Partnerschaften zwischen Kommunen, Unternehmen, Schulen, den Jobcentern und der Zivilgesellschaft vor Ort sind bestens dafür geeignet, Strukturen zu schaffen, in denen die Integration von neuen Arbeits- und Fachkräften langfristig gelingt. Patenschaften oder Mentoringprogramme können helfen, Kompetenzen und Ausbildungsberufe zusammenzubringen. Zudem sollten die Möglichkeiten der Umschulung und Weiterbildung von Arbeitnehmer:innen sowie die Erhöhung der Frauenerwerbsquote genutzt werden.

Ausbau und Modernisierung von Infrastruktur und Verwaltung

Eine zukunftsfähige Infrastruktur ist entscheidend für die Attraktivität und Lebensqualität in ländlichen Regionen. Dies umfasst neben dem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und der Digitalisierung insbesondere die Sicherstellung eines flächendeckenden Ausbaus von schnellem Internet auf der Grundlage von Glasfasernetzen. Gleichzeitig muss der Ausbau des landesweiten schnellen mobilen Internets mit dem Standard von mindestens 5G vorangetrieben werden, damit ländliche Räume nicht vom Fortschritt abgekoppelt werden. Bei künftigen Frequenzvergaben gilt es, einen noch größeren Fokus auf die Flächenversorgung zu legen statt auf möglichst hohe Erlöse. Auch die Möglichkeiten des National Roaming wollen wir nutzen, um die Versorgung in ländlichen Räumen zu verbessern. Telekommunikationsanbieter bleiben grundsätzlich für den Ausbau von Glasfaser- sowie modernen Mobilfunknetzen verantwortlich.

Von zentraler Bedeutung ist auch eine effiziente, bürgerorientierte Verwaltung, um die Lebensqualität und die wirtschaftliche Entwicklung in ländlichen Räumen zu fördern. Dies umfasst die Vereinfachung administrativer Prozesse und die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, um bürokratische Hürden für Bürger:innen und Unternehmen zu minimieren. Verwaltungsleistungen wollen wir effizienter, nutzerfreundlicher und zeitgemäßer bereitstellen. Die Verwaltung soll als Partnerin der Bürger:innen agieren, ihre Anliegen ernst nehmen und gemeinsam mit ihnen Lösungen entwickeln, die ländliche Räume lebenswerter und attraktiver machen.

Im Zusammenspiel mit der technischen Infrastruktur müssen insbesondere in strukturschwachen Regionen die soziale Infrastruktur und die gebaute Umwelt mitgedacht werden. Dabei ist unter anderem die Verringerung von Leerstand in Kombination mit guten Rahmenbedingungen für die Stärkung eines attraktiven Lebensumfeldes von entscheidender Bedeutung. Die Modernisierung und Instandsetzung von Immobilien und öffentlichen Einrichtungen muss in Zukunft eine stärkere Rolle einnehmen – auch vor dem Hintergrund der Klimaschutzziele. Anreize für Sanierungsinvestitionen sind dabei für private wie auch für öffentliche Akteure zu setzen.

Kleine Städte als Ankerpunkte sichern

Kleine Städte in ländlichen Räumen sind wirtschaftliche, soziale und kulturelle Ankerpunkte. Sie müssen zukunftsfähig gestaltet und entwickelt werden. Dazu müssen zentralörtliche Versorgungsfunktionen dauerhaft, in angemessener Form und auf hohem Niveau für die Bevölkerung der Städte und der Umlandgemeinden gesichert werden, um die Lebensqualität und Attraktivität dieser Kommunen im ländlich geprägten Einzugsbereich langfristig zu stärken. Die Kommunen sollten verstärkt unterstützt werden, auf der Grundlage gemeinsamer Abstimmungen ihre städtebauliche Infrastruktur arbeitsteilig umzustrukturieren, sich an veränderte Nachfragestrukturen anzupassen und städtebauliche Missstände zu beseitigen. Ziel ist, ihnen die Möglichkeit zu geben, langfristig ein in seiner Dichte, Qualität und Vielfalt

bedarfsgerechtes und effizientes Angebot öffentlicher und privater Dienstleistungen zu gewährleisten und zukünftig kostenintensive Doppelstrukturen zu vermeiden. Um dies langfristig zu erreichen, kann insbesondere die Städtebauförderung weiterhin wichtige Beiträge leisten. Für die Lebensqualität in ländlichen Räumen ist die regionale und interkommunale Zusammenarbeit wichtig, weil auf diese Weise mehr und bessere Dienstleistungen in den ländlichen Räumen genutzt werden können.

Zuzug durch attraktive Wohnraumpolitik fördern

Angemessener und bezahlbarer Wohnraum ist auch in kleinen und mittleren Kommunen mit Hochschulen Mangelware. Deshalb unterstützen wir mit dem sozialen Wohnungsbau die Errichtung bezahlbarer Wohnungen auch in ländlichen Räumen. Die Nachverdichtung bestehender Siedlungen und der Ausbau bestehender Strukturen sollen genauso unterstützt werden wie der Rückbau leerstehender Wohnungen und nicht mehr benötigter Infrastruktur. Wir wollen neue Wohnungen schaffen, ohne der Zersiedlung der Landschaft Vorschub zu leisten. Außerdem wollen wir kommunale und landeseigene Wohnungsunternehmen, genauso wie Genossenschaften, mit einem eigenen Programm und mit der Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit unterstützen. Der Bau von Azubi-Wohnheimen kann einen Beitrag leisten, um das Wohnen in ländlichen Räumen während der Ausbildungszeit zu erleichtern.

Fokus auf Nachhaltigkeit

Ländliche Räume sind zentral bei der Erzeugung von erneuerbaren Energien, denn dort wird ein Großteil der notwendigen Infrastruktur bereitgestellt bzw. der Ausbau vorangetrieben. Die Belohnung klimafreundlicher Kommunen für ihre Innovationskraft ist ein entscheidender Schritt, um die Wertschöpfung in ländlichen Räumen zu stärken. Unser Ziel ist es, dass die ökonomischen Vorteile im gleichen Maß in diesen Gebieten verbleiben und bestehende Nachteile abgebaut werden, z. B. Verteilnetzentgelte. Wenn Landkreise und Kommunen aktiv an einer positiven Energiebilanz arbeiten, sollten sie dafür finanziell von den Ländern über die Förderprogramme des Bundes hinaus unterstützt werden. Die Förderung von erneuerbarer Energieerzeugung, -speicherung und Sektorenkopplung sollte zu höheren Zuweisungen seitens der Länder an die Landkreise führen. Auf diese Weise werden Anreize geschaffen, um innovative und nachhaltige Lösungen vor Ort zu entwickeln und umzusetzen. Dies fördert nicht nur den Klimaschutz, sondern stärkt auch die regionale Wirtschaft und trägt zur Schaffung von Arbeitsplätzen in ländlichen Gebieten bei. Eine stärkere finanzielle Beteiligung der Kommunen und der Bürger:innen an der Energiewende ist von großer Bedeutung für den Erfolg der sozialökologischen Transformation im Energiesektor. Es gilt, die regional organisierte Energiewende mit entsprechenden Eigentümerstrukturen und Betreiber-gesellschaften zu fördern. Hierbei kann die Schaffung eines staatlich abgesicherten Bürger-Investitionsfonds eine zentrale Rolle spielen, um eine breite Beteiligung zu ermöglichen. Anwachsende Beteiligungen und Sparpläne sollen auch weniger finanzkräftigen Bürger:innen den Zugang erleichtern.

Ein besonderes Augenmerk legen wir auf die Förderung des ländlichen Tourismus. Dabei wollen wir die natur- und umweltverträglichen Sportarten und den sanften Tourismus in allen Regionen unterstützen. Diese nachhaltigen Tourismusformen tragen nicht nur zur wirtschaftlichen Belebung der Region bei, sondern stärken auch das Bewusstsein für die Bedeutung des Natur- und Umweltschutzes. Durch gezielte Investitionen in die Tourismusinfrastruktur und die Förderung dieser nachhaltigen Tourismuskonzepte möchten wir die einzigartige Landschaft ländlicher Räume als wertvolles Gut erhalten und für Gäste erlebbar machen. Ein Fokus muss dabei auf der regionalen Wertschöpfung und dem Nutzen für die Bevölkerung vor Ort liegen.

Förderinstrumente für die ländliche Entwicklung nutzen

Ländliche Entwicklung kann durch gezielte Förderung maßgeblich und positiv beeinflusst werden. Kommunen auf dem Land verfügen oftmals über weniger ausgeprägte Verwaltungsstrukturen als Ballungsräume. Die Schaffung eines gesamtdeutschen Fördersystems im Jahr 2020 war ein richtiger Schritt, um den Zugang zu Unterstützungsprogrammen zu erleichtern. Wichtig ist aber ebenso, dass sowohl für die maßgeblichen Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) und „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW), als auch für den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) auch in den kommenden Jahren ausreichend Mittel zur Verfügung stehen. Zur Förderung ländlicher Räume im Rahmen der

Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) in der nächsten Förderperiode müssen jetzt die entscheidenden Weichen gestellt werden. Ziel muss sein, dass strukturschwache und ländliche Räume weiterhin wirksam gefördert werden und die Förderinstrumente zum Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse beitragen. Öffentliche Investitionen ziehen ein Vielfaches an privaten Investitionen nach sich. Diese Hebelwirkung stärkt die Lebens- und Standortqualität von Städten und Gemeinden auf dem Land und entfaltet Aufbruchsstimmung in den Regionen.

Handlungsfeld Zusammenleben: Fortschritt und lebendige Demokratie für alle.

Die ländlichen Räume sind auf vielfältige Art und Weise wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland. Neben der zunehmenden Mobilität und der fortschreitenden Digitalisierung, die bereits neue Impulse des ländlichen Zusammenlebens schaffen, stärken Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen das Leben und Arbeiten in ländlichen Räumen als Ganzes.

Vereinsleben und Ehrenamt stärken

Ehrenamtliches Engagement nimmt in ländlichen Räumen häufig eine sehr wichtige Rolle im Bereich der Daseinsvorsorge ein, (z. B. Freiwillige Feuerwehr). Gleichzeitig leiden Vereine und Ehrenamt in ländlichen Räumen besonders unter Mitgliederschwund, Überalterung, sozialer Ungleichheit und dem Fehlen langfristiger Bindungen.

Derzeit wird die Engagementstrategie des Bundes in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft erarbeitet. Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt und begleitet den Prozess aktiv. Ein Fokus liegt auf der Entlastung ehrenamtlicher Tätigkeiten und Strukturen von bürokratischen Aufgaben (z. B. Datenschutz, Kassenvorgaben, vereinfachte Verwendungsnachweise bei Fördermitteln mit Bagatellgrenzen, vereinfachte Antragsverfahren bei Fördermitteln, vereinfachte Abrechnungsverfahren, vereinfachte Budgetumschichtung bei Änderungen im Projektablauf). Ergänzend zur Strategie wollen wir einen absichernden rechtlichen Rahmen für das ehrenamtliche Engagement schaffen. Deshalb setzen wir uns als SPD-Bundestagsfraktion für eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts ein. Den Aufbau von unbefristeten, aufsuchenden, hauptamtlichen Strukturen, die ehrenamtliches Engagement stärken, unterstützen wir. Wie diese Strukturen ausgestaltet werden müssen, wollen wir unter Einbeziehung der engagierten Zivilgesellschaft erarbeiten.

Demokratische Teilhabe erleichtern

Die Möglichkeiten für Bürger:innen, sich aktiv in die Gestaltung ihrer Lebenswelt einzubringen, sind in strukturschwachen ländlichen Regionen oft begrenzt.

Die SPD-Bundestagsfraktion möchte in einem ersten Schritt prüfen, wie in bestehenden Bundesprogrammen eine Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in ländlichen Räumen hergestellt werden kann, z. B. durch Fortbildungen für kommunale Amtsträger:innen im Bereich der Bürgerbeteiligung, finanzielle Anreize für innovative Partizipationsprojekte und durch die Förderung von Plattformen für digitale Bürgerbeteiligung. Zudem setzen wir uns für die freiwillige Einrichtung und Finanzierung von Bürgerforen und -räten auf kommunaler Ebene, die Implementierung von digitalen Angeboten sowie konkrete Nachwuchsförderung ein. Als SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag haben wir darüber hinaus den Anspruch, dass Parteien zur gesellschaftlichen Willensbildung beitragen. Neben ehrenamtlichem Engagement bedarf es auch einer Stärkung der demokratischen Parteien in strukturschwachen ländlichen Räumen. Denn für uns Sozialdemokrat:innen ist Kommunalpolitik Gesellschaftspolitik, die auch die Unterstützung ehrenamtlicher Strukturen umfasst.

Gesellschaftliche Teilhabe durch Bildung und Sport

Für bessere Bildungsmöglichkeiten wollen wir kulturelle und sportliche Angebote in ländlichen Regionen stärken. Schulische Bildungsangebote in ländlichen Regionen profitieren von starken Gemeinschaften, persönlicher Bindung und einzigartigen Lernerfahrungen durch die Einbindung lokaler Kultur – hierzu zählt auch die Förderung von Mundarten und Dialekten – und Natur. Um diese positiven Aspekte zu fördern und qualitativ hochwertige Bildung auch in abgelegenen Regionen zu erhalten, müssen wir

geeignete Lösungen gegen den Lehrkräftemangel, lange Schulwege, marode oder wegfallende Schulstandorte und schlechte Ausstattung finden.

Die Unterstützung der Kommunen bei der Sanierung und Modernisierung ihrer Sportstätten fällt in den Verantwortungsbereich der Länder. Wir setzen uns jedoch dafür ein, dass der Bund bei dieser Aufgabe weiterhin Unterstützung leistet. Das erfolgreiche und bestehende Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ (SJK), von dem auch ländliche Räume profitieren, möchten wir gut ausgestattet fortführen. Dazu braucht es Kooperationsprogramme zwischen Schulen, Vereinen und Kommunen, um vielfältige Sport- und Freizeitangebote sicherzustellen.

Kulturangebote für mehr Lebensqualität

Kultur schafft Begegnung, Gemeinschaft und gesellschaftlichen Zusammenhalt in ländlichen, insbesondere strukturschwachen Regionen. Sie fördert zivilgesellschaftliches Engagement und ist ein wesentlicher Teil der Daseinsvorsorge sowie ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Förderprogramme wie „TRAFO – Modelle für Kultur im Wandel“ und das Folgeprogramm „Aller.Land – zusammen gestalten. Strukturen stärken“ sind entscheidend, um zu zeigen, wie ein attraktives Kulturangebot in ländlichen Räumen zukünftig gestaltet sein kann. Kultur in ländlichen Räumen ist häufig kleinteiliger und in Netzwerken organisiert. Erreichbarkeit und Barrierefreiheit sind besondere Herausforderungen. Deshalb sorgen wir mit Förderprogrammen, wie etwa dem Amateurmusikfonds, dafür, dass kleinere Akteure vor Ort ebenso unterstützt werden wie die großen Häuser.

Kinos spielen auf dem Land eine wichtige Rolle als oft letzte verbliebene kulturelle und soziale Treffpunkte. Sie bieten eine willkommene Abwechslung und sind auch Orte, an denen lokale Veranstaltungen stattfinden und die Kultur vor Ort unterstützt wird. Mit dem Zukunftsprogramm Kino wollen wir insbesondere Kinos in ländlichen Räumen weiter fördern. Mit dem Datenraum Kultur fördern wir digitale und mobile Lösungen, um die Vernetzung von Kulturangeboten voranzubringen und auch in entlegenen Gebieten zugänglich zu machen.

Attraktive Freizeitangebote sind für alle Altersgruppen wichtig, besonders für junge und ältere Menschen. Junge Menschen brauchen Perspektiven, um demografischen Veränderungen entgegenzuwirken. Kulturelle Teilhabe scheitert oft an infrastrukturellen und finanziellen Hürden. Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt kulturelle Projekte und Einrichtungen in ländlichen Regionen und betont die Bedeutung der Breitenkultur. Kulturvereine und -institutionen benötigen ebenfalls Unterstützung. Deshalb sind übergreifende Ansätze notwendig, um ein ausgewogenes Kulturangebot sicherzustellen. Nachbarschaftshilfe-Programme könnten älteren Menschen ein selbstbestimmtes Leben im gewohnten Umfeld ermöglichen.

Soziale Orte – das Nachbarschaftshaus, das Jugendzentrum, die Stadtbibliothek oder das soziokulturelle Zentrum – sind Infrastrukturen des Zusammenhalts, der sozialen Interaktion und brauchen von allen politischen Ebenen Unterstützung.

Grundsätzlich strebt die SPD-Bundestagsfraktion eine Änderung von Art. 20a Grundgesetz an, um den Staat zur Förderung und zum Schutz von Kultur sowie von Sport zu verpflichten. Eine Grundgesetzänderung könnte auch die Bedeutung der Kultur in ländlichen Räumen nachschärfen und die hohe gesellschaftliche Relevanz des Sports betonen.

Kampf gegen Rechtsextremismus – Für Demokratie, Vielfalt und Toleranz

Die Förderung eines lebendigen und demokratischen Zusammenlebens in ländlichen Gemeinschaften ist richtungsweisend.

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für umfassende Demokratieförderung und Extremismusprävention in ländlichen Räumen ein, z. B. durch Bundesprogramme wie „Demokratie Leben!“ oder „Zusammenhalt durch Teilhabe“, Bildungsinitiativen, durch die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und die Schaffung, den Erhalt sowie den Ausbau lokaler Anlaufstellen für Betroffene von Diskriminierung und Gewalt. Wir wollen lokale und dezentrale „Häuser der Begegnung“, in denen Menschen

zusammenkommen und sich vernetzen können. Die „Häuser“ sollen hauptamtliche Anlaufpunkte sein, die multifunktional genutzt werden.

In Bezug auf das zunehmende Problem politisch motivierter Immobilienkäufe, insbesondere durch rechts-extreme Organisationen (völkische Landnahme), unterstützen wir die Erarbeitung einer ganzheitlichen Strategie, die den Umgang sowohl mit Flächen- als auch Immobilienerwerb und gewerberechtlichen Maßnahmen beinhaltet. Demokratiefeinde wollen sich genau dort breit machen, wo sie vermeintliche Strukturschwäche erkennen. Das dürfen wir nicht zulassen.

Gleichstellung, Inklusion und Integration

Eine Studie der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten zeigt, dass Gleichstellung ein wichtiges Element der regionalen Entwicklung ist. Auch die Integration von Migrant:innen ist in dünn besiedelten ländlichen Räumen eine Herausforderung. Diese gesamtstaatliche Aufgabe sollten wir als Chance verstehen, ländliche Gemeinden nachhaltig zu beleben und pluralistische Lebensweisen in die Fläche zu tragen.

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, einen nationalen Aktionsplan zur Förderung von Gleichstellung und Inklusion in ländlichen Gemeinschaften zu entwickeln. Der Bund sollte durch eine gesetzliche Paritätsregelung beim Bundestagswahlrecht Vorbild für quotierte Wahllisten bei den Kommunalwahlen werden. Wir ermutigen die Bundesländer, bei den Landtags- und Kommunalwahlen verpflichtend quotierte Wahllisten einzuführen. Mit Blick auf die Sicherheit von Frauen und ihren Kindern in ländlichen Räumen unterstützen wir das Gewalthilfegesetz, das aktuell im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ausgearbeitet wird, und fordern eine zügige Umsetzung, so dass Frauenhäuser verlässlich finanziert werden und ein Rechtsanspruch gegeben ist.

Darüber hinaus schlagen wir vor, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz durch die Einbeziehung spezifischer Punkte für ländliche Gebiete, insbesondere im Hinblick auf Barrierefreiheit und Zugänglichkeit von Dienstleistungen, zu erweitern.

Handlungsfeld Landwirtschaft: Eine zukunftssichere Modernisierung.

Land- und Forstwirtschaft sind essenzielle Bestandteile ländlicher Räume, die nicht nur zur wirtschaftlichen Stabilität beitragen, sondern auch kulturelle Identität und ökologische Vielfalt bewahren. Landwirtschaftliche Betriebe sichern die Versorgung der Regionen ab. Sie leisten zudem einen wichtigen Beitrag zum Gemeinwohl und tragen zur Vitalität der ländlichen Räume bei. Diesen Beitrag müssen wir weiter stärken und wertschätzen.

Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit sicherstellen

Wir wollen die regionale und nachhaltige Wertschöpfungskette stärken. Das beginnt bereits mit der Nutztierhaltung, die entsprechend der gesellschaftlichen Erwartungen tierwohlgerecht umgebaut werden soll. Die Tierhalter:innen sollen dabei unterstützt werden, um zukunfts- und einkommenssicher wirtschaften zu können. Das neu eingeführte Tierhaltungskennzeichnungsgesetz wollen wir zu diesem Zweck, gemeinsam mit den bestehenden Förderprogrammen, weiterentwickeln. Für die Vermarktung dieser, aber auch der acker- und gartenbaulichen Produkte, müssen die dafür notwendigen Erzeugungs- und Verarbeitungsstrukturen (z. B. Mühlen, Bäckereien, Schlachtereien) ausgebaut bzw. wiederaufgebaut werden. Dies sichert Arbeitsplätze in der Region, und kurze Transportwege kommen dem Umwelt-, Klima- und Tierschutz zugute. Damit dies gelingt, bedarf es gezielter Vermarktungskonzepte und klarer Verbraucherkommunikation, auch um die Wirtschaftskraft in ländlichen Räumen zu erhöhen und die Übernutzung derselben zu vermeiden.

Wir wollen Strukturen für eine regionale, nachhaltige Lebensmittelversorgung stärken. Ein wichtiger Ansatzpunkt ist die Außer-Haus-Verpflegung mit ihrem großen Nachfragepotenzial. Insbesondere die Gemeinschaftsverpflegung wollen wir mit einer regionalen Wertschöpfung vom Acker bis zum Teller eng verzahnen. Teilhabe bedeutet auch, den Zugang zu gesunder Ernährung sicherzustellen. Hier gilt es, verschiedene Möglichkeiten der Vernetzung und Versorgungsstrukturen zu nutzen (z. B. virtuelle Marktplätze). Weitere Impulse liefert der Modellregionenwettbewerb „Ernährungswende in der Region“,

welcher herausragende, innovative regionale Projekte fördert. Die Lebensmittelversorgung ist Teil der nationalen Sicherheitsstrategie.

Unsere Wälder sind wahre Multitalente für ländliche Räume, da sie den nachwachsenden Rohstoff Holz zur Verfügung stellen, einen Beitrag für den Klimaschutz und die Klimaanpassung, den Erhalt der Biodiversität leisten, den Wasserhaushalt stabilisieren und als Freizeit-, Erholungs- und Bildungsort dienen. Um der Klima- und Biodiversitätskrise wirksam und dauerhaft zu begegnen, müssen wir unsere Wälder zu arten- und strukturreichen Mischwäldern umbauen, damit sie uns auch zukünftig die Ökosystemleistungen zur Verfügung stellen. Im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlicher Nutzung, ökologischen Erfordernissen und gesellschaftlichen Ansprüchen gilt es, die unterschiedlichen Interessen im Dialog auszugleichen.

Eine agrarökologische Perspektive und enge Kooperationen mit Drittstaaten sind erforderlich, um globale Einflüsse auf unsere landwirtschaftliche Produktion besser zu verstehen und zu bewältigen. Wir bringen Konzepte zur nachhaltigen Wassernutzung, Humusstrategien und ökologische sowie regenerative Landwirtschaft voran und fördern eine enge Zusammenarbeit in der Agrarpolitik innerhalb der EU.

Gerechte Entlohnung und angemessene Finanzierung

Die landwirtschaftliche Wertschöpfung muss auf stabilen Einkommen basieren. Zudem sollen gut bezahlte Arbeitsplätze, auch für Saisonarbeitskräfte, insbesondere in mittelständischen, diversifizierten Betrieben geschaffen werden. Daher sollte die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) entsprechend gestaltet werden, um gesellschaftliche Ansprüche an den Schutz von Natur, Umwelt, Boden und Wasser angemessen und einkommenswirksam zu honorieren. Wir brauchen eine vielfältige Agrarstruktur, in der Landwirt:innen vor Ort, im Gegensatz zu Investor:innen, einen größeren Anteil am Boden haben, unter anderem durch eine stärkere Regelung zur Bekämpfung von Steuervermeidung mittels Share Deals. Die Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ (GAK) ist für ländliche Räume ebenfalls von besonderer Bedeutung und wir fordern, dass die Mittel dort ankommen, wo sie benötigt werden. Darüber hinaus sollten Bäckereien und Fleischereien zu den förderfähigen Unternehmen in die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ aufgenommen werden. Die Landwirtschaft ist systemrelevant und wir müssen sie durch angemessene Agrarpolitik unterstützen.

Gleichstellung fördern

Besonders die Rolle von Landwirtinnen wollen wir in den Fokus rücken. Frauen spielen eine wichtige Rolle in der Landwirtschaft und in anderen grünen Berufen, aber ihre Sichtbarkeit ist noch zu gering und ihre rechtliche Stellung muss verbessert werden. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für Maßnahmen ein, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern und die sozialen Sicherheitsnetze für Frauen in der Landwirtschaft stärken.

Naturschätze bewahren, Landschaften gestalten und Lebensräume vernetzen

Ob einzelne Arten, über Jahrhunderte geprägte Kulturlandschaften oder einzigartige und ökologisch wertvolle Naturräume – all das steht für Lebensqualität der ländlichen Räume. Hier stehen wir in der Verantwortung, die biologische Vielfalt zu erhalten und weiterzuentwickeln. Dafür müssen wir die Qualität der Schutzgebiete wahren und einen wirksamen Biotopverbund entwickeln.

Der Schutz der Natur und ihrer Leistungen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und eine Frage von Generationengerechtigkeit. Die ländlichen Räume nehmen bereits heute eine unverzichtbare Rolle beim Schutz des Klimas und beim Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen ein. Wir unterstützen den Schutz des Bodens und der Wälder zum Erhalt ihrer wichtigen ökologischen Funktionen. Ein dafür wichtiges Förderinstrument ist z. B. das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK). Bei der Umsetzung des Klimaanpassungsgesetzes werden wir die Synergien zu naturbasierten Lösungen maximieren und durch multifunktionale Ansätze Flächenkonkurrenzen verringern.

Natur- und Klimaschutz haben für uns Sozialdemokrat:innen eine wichtige soziale Bedeutung. Daher achten wir darauf, dass der vielfältige Nutzen intakter Natur allen Menschen gleichermaßen zugutekommt.

Handlungsfeld Mobilität: Teilhabe für alle.

Tagtäglich sind wir auf Mobilität angewiesen – privat und beruflich. Für die Hälfte der Bevölkerung in ländlichen Räumen ist das Mobilitätsangebot jedoch zumeist unzureichend. Die für ländliche Regionen typischen langen Wege und schlecht erreichbaren Mobilitätsangebote führen zu sozialer Ausgrenzung, fehlender Teilhabe und mangelhaftem Zugang zur Daseinsvorsorge.

ÖPNV stärken: Inklusiv, vernetzt und pragmatisch

Das Auto ist das zentrale Fortbewegungsmittel auf dem Land – und wird es auf absehbare Zeit auch bleiben. Umso wichtiger ist es, alternative Mobilitätsangebote anzubieten und auszubauen. Mit dem Deutschlandticket haben wir für sehr viele Menschen die täglichen Wege nachhaltig günstiger gemacht. Wir wollen das Angebot so gestalten, dass es unterschiedliche Bedürfnisse berücksichtigt und noch mehr Menschen davon profitieren können. Mobilität muss nachhaltig, finanziell leistbar, barrierefrei und sicher gestaltet sein.

Eines der Grundprobleme ländlicher Mobilität ist das lückenhafte ÖPNV-Angebot. Für eine verbesserte Mobilität in ländlichen Räumen streben wir eine bessere Taktung und Erreichbarkeit sowie die Reaktivierung von Streckenabschnitten an. Um weitere Angebotslücken zu schließen, können alternative und innovative Mobilitätsangebote, u. a. Carsharing, E-Bikesharing, Bürgerbusse, autonomes Fahren und Parkmöglichkeiten für Fahrräder und Pkw, Lösungen darstellen.

Sharing-Angebote, die helfen, die „letzte Meile“ vom und zum ÖPNV zu überbrücken, müssen mit dem ÖPNV besser verknüpft werden. Dafür sollten multimodale Mobilitätsstationen an Bahnhöfen oder zentralen Verkehrsknotenpunkten ausgebaut werden.

Alle Angebote sollten über digitale Mobilitätsplattformen abrufbar sein, auf denen man zentral die synchronisierten ÖPNV-Fahrpläne und Ladepunkte für Elektroautos finden, Fahrräder ausleihen sowie On-Demand-Angebote einfach und schnell buchen und bezahlen kann. Einen ersten Schritt gehen wir jetzt mit dem Mobilitätsdatengesetz, das auf eine verbesserte Datenverfügbarkeit einzahlen soll und perspektivisch das Ziel einer anbieterübergreifenden digitalen Buchung und Bezahlung von Mobilitätsdienstleistungen bekräftigt. Dabei unterstützen wir die Kommunen bei der Etablierung regionalspezifischer Ansätze.

Eine bessere Wirtschaftlichkeit kann durch eine Multifunktionalität von Mobilitätsangeboten erreicht werden. So könnten z. B. Personen- und Güterverkehre teilweise gebündelt werden, um Kapazitäten von Bus und Bahn außerhalb von Stoßzeiten gemeinsam zu nutzen, wie es in anderen Ländern bereits praktiziert wird. Bei der Begutachtung neuer bzw. reaktivierter Bahnstrecken darf nicht die reine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung im Zentrum stehen. Bei den Gutachten ist ein entsprechender Flächenfaktor zu berücksichtigen.

Förderungen sichern und anpassen

Das Mobilitätsangebot in ländlichen Räumen leidet darunter, dass der ÖPNV meist nicht eigenwirtschaftlich zu erbringen ist. Der Bund nimmt seine Verantwortung für die Regionalisierungsmittel für den Schienenpersonennahverkehr wahr. Im Ausbau- und Modernisierungspakt wollen Bund und Länder sich sowohl auf Qualitätsstandards für den ÖPNV einigen als auch nachhaltige Finanzierungsstrukturen vereinbaren. Denn eine nachhaltige und gesicherte Finanzierung des ÖPNV, unter Beteiligung aller Ebenen, ist Grundlage für eine erfolgreiche Mobilitätswende und attraktive Regionen.

E-Mobilität ermöglichen durch Ladeinfrastruktur

Die zunehmende Elektrifizierung der Antriebe erfordert einen konsequenten Ausbau der Lade- und Netzinfrastruktur, insbesondere für E-Lkw. Beim Ausbau der Lade- und Netzinfrastruktur dürfen gerade

ländliche Räume nicht vernachlässigt werden. Die Kommunen, denen eine Schlüsselrolle beim Ausbau der Ladeinfrastruktur zugeschrieben wird, sollen vom Bund und den Ländern, u. a. bei der Flächensuche und dem Kompetenzaufbau, mit personellen und finanziellen Ressourcen unterstützt werden. Des Weiteren muss auch parallel die Wasserstofftankstelleninfrastruktur ausreichend ausgebaut werden, um Fahrzeuge mit Wasserstoff- und Brennstoffzellenantrieben angemessen zu versorgen.

Handlungsfeld Gesundheit: Für eine dezentrale, bürgernahe Gesundheitsversorgung.

Wir gehen grundlegende Strukturreformen im Gesundheitssystem an: Krankenhaus- und Notfallreform werden den stationären Sektor zukunftssicher machen, die Versorgungsgesetze den ambulanten Sektor stärken. Die Krankenhausreform wird die Finanzierung von Krankenhäusern durch die Einführung von Vorhaltepauschalen nachhaltig verbessern. Der Staat muss für alle Bürger:innen in gleichem Maße eine vollwertige medizinische Versorgung sicherstellen. Gerade in den ländlichen Räumen sind häusliche Pflege und die medizinische Versorgung von Frauen wie bei der Geburtshilfe ein besonderes Problem.

Spezialisierung und Zentralisierung für eine reale Verbesserung der medizinischen Versorgung

Die Daten sind eindeutig: Kliniken mit größerer Erfahrung des medizinischen Personals aufgrund höherer Fallzahlen oder eines höheren Grads an Spezialisierung sind in der Lage, Behandlungen mit einem erheblich besseren Outcome durchzuführen. Der Ansatz der Krankenhausreform, in Zukunft Leistungsgruppen zuzuweisen, ist deshalb richtig. Dennoch soll niemand bei akutem medizinischem Bedarf lange Anfahrtswege bis zur nächsten Notaufnahme haben. Es ist also Flexibilität gefragt. Es sollte eine angemessene Balance zwischen örtlicher Nähe und Qualität der Krankenhausversorgung gefunden werden.

Sektorengrenze zwischen ambulant und stationär überwinden

Hybrid-DRGs, kommunale medizinische Versorgungszentren (MVZ) und reformierte Krankenhäuser mit einem großen ambulanten Leistungsangebot sind der richtige Weg, gerade für ländliche Räume. Damit sind wir in der Lage, den akuten medizinischen Bedarf zu decken: Von Erstversorgung von Verletzten bis hin zu kleineren akuten Operationen werden auch in Zukunft die Bürger:innen ortsnahe Hilfe finden.

Zusammen mit Ländern und Selbstverwaltung die ambulante Versorgung sicherstellen

Dafür braucht es eine Bündelung gleich mehrerer Maßnahmen. Es müssen mehr Medizinstudiengplätze zur Verfügung gestellt werden, um auf die demographische Entwicklung und andere Arbeitszeitmodelle der Ärzteschaft zu reagieren. Die lange Studien- und Ausbildungszeit in der Medizin bedeutet allerdings, dass dies nur langfristig eine Erleichterung bringen wird. Gerade die fachärztliche Versorgung in ländlichen Räumen gestaltet sich allerdings schon jetzt zunehmend schwierig. Deshalb werden wir innovative Versorgungskonzepte unterstützen und weiterentwickeln, die sich schon jetzt im ganzen Land mit großem Einsatz aller beteiligten Stakeholder entwickeln. Ein Beispiel sind Zuschüsse bei Praxisübernahmen in ländlichen Räumen. Telemedizin, Digitalisierung, Netzworkebildung und Kooperation sind mehr denn je vonnöten, um den Zugang zu hochklassiger medizinischer Versorgung jederzeit und an jedem Ort in diesem Land sicherzustellen.

Gesundheitsberufe stärken

Wir stärken die interprofessionelle Zusammenarbeit der Gesundheitsberufe. Eine neue Aufgaben- und Verantwortungsteilung zwischen den Berufen sowie die Übertragung zusätzlicher Kompetenzen machen die Gesundheitsberufe attraktiver, wirken damit dem Fachkräftemangel entgegen und stärken so die gesundheitliche und pflegerische Versorgung in ländlichen Räumen. Dazu erproben wir den Direktzugang zu Heilmittelerbringern, etablieren die Community Health Nurse und modernisieren veraltete Berufsgesetze.